

Landwirtschaft: DIE ARMUT DER BAUERN

# Staatsgelder machen Braten nicht fetter

*Die Direktzahlungen durch den Bund erfüllen zwar die agrarpolitischen Ziele. Sozialpolitisch lässt das System indes zu wünschen übrig: Viele Bauern leben unter der Armutsgrenze – auch im Seeland.*

Sie sind in der Regel zu stolz, um Sozialhilfe zu beantragen. Für Landwirte ist es zudem schwierig, in den Genuss von IV-Leistungen zu kommen. Es braucht nicht viel, bis Bauern von der Substanz zu leben beginnen: eine Scheidung, gesundheitliche Probleme, Schäden an Kulturen durch Schädlinge, ein schlechtes Landwirtschaftsjahr mit Absatzschwierigkeiten und tiefen Preisen...

**Landwirtschaftliche Beratung statt Sozialhilfe**

Dass die Bauern stark armutsgefährdet seien, hiess es schon im Situationsbericht 2002 des Schweizerischen Bauernverbandes, der damals zum Schluss kam, dass nur gerade 25 Prozent der Bauern zusammen mit ihren Familienangehörigen ein Einkommen von über 50 000 Franken erwirtschaften. Gemäss Urs Schneider, Leiter Kommunikation beim Schweizerischen Bauernverband in Brugg, beträgt der Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft aktuell



Die wenigsten Bauern haben so viel Schwein auf einmal: Jedenfalls was das finanzielle Glück betrifft, gehören viele Landwirte zu den Ärmsten unseres Landes. Bild: BT-Archiv

■ DENISE GAUDY

In der Schweiz gibt es mehr arme Bauern als andere arme Erwerbstätige. «Im gesamtschweizerischen Vergleich geht es den Bauern im Seeland wahrscheinlich verhältnismässig gut», schätzt Hans Aeschlimann, betriebswirtschaftlicher Berater am Inforama in Ins, die wirtschaftliche Situation der hiesigen Bauern ein. Doch auch in unserer Region seien die Landwirte in finanzieller Hinsicht alles andere als auf Rosen gebettet: «Ich kenne mehrere Bauernfamilien, die unter dem Existenzminimum leben – auch «Gmüesler».

35 900 Franken. Gleichzeitig bestätigt Urs Schneider, dass die Direktzahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Bauern durch den Bund den grössten Teil der landwirtschaftlichen Einkünfte ausmachen. Das sagt auch Hans Aeschlimann vom Inforama Ins. Er betont aber: «Nicht nur die Direktzahlungen tragen zum landwirtschaftlichen Einkommen bei, sondern auch die fachlichen und unternehmerischen Fähigkeiten der Betriebsleiter, der Arbeitseinsatz sowie letztlich die Startbedingungen bei der Betriebsaufnahme.» Hans Aeschlimann spricht aus Erfahrung, wenden sich doch die Landwirte in ihrer finanziellen Not vielmehr an die landwirtschaftliche Beratungsstelle als ans Sozialamt: «Gemeinsam mit den Betroffenen analysieren wir in erster Linie,

wie und wo man Erträge steigern, Kosten senken, Umschuldungen veranlassen oder das Betriebskonzept vereinfachen könnte.» Kaum je werde einem Landwirt zur vollständigen Aufgabe seines Betriebes geraten, denn: «Noch mehr Strukturwandel in der Landwirtschaft wäre sozial nicht mehr verträglich», ist Aeschlimann überzeugt.

**Direktzahlungen im Schussfeld der Kritik**

Im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Einkünften sorgt das System der Direktzahlungen besonders in nicht-bäuerlichen Kreisen immer wieder für Diskussionen. Die Auszahlung staatlicher Gelder für gemeinwirtschaftliche Leistungen wird dafür verantwortlich gemacht, dass auch unrentable Betriebe

(...) dafür ein, dass jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat (...) und Erwerbsfähige ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können.» Die FAT-Studie zeigt auf, dass dieses Ziel für einen Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe trotz Direktzahlungen nicht erreicht wird. Diese weisen nämlich Einkommen unter der Armutsgrenze auf (siehe Kasten). Eine Änderung des Systems der Direktzahlungen könnte also weniger aus agrarpolitischen denn aus sozialpolitischen Gründen nötig werden. Bauernverband-Sprecher Urs Schneider: «Diesbezügliche Diskussionen sind bereits im Gang. Im Rahmen der Agrarpolitik 2011 wird besonders die Frage nach der Verteilung der Direktzahlungen zentral sein.»

## Was heisst Working Poor?

gy. Laut einer vor kurzem veröffentlichten Studie, die vom eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) bei der Universität Bern in Auftrag gegeben worden ist, gehören zwischen 115 000 und 284 000 Personen zu den Working Poor. Das Einkommen dieser Menschen reicht nicht aus, um für die Alltagsbedürfnisse in der Schweiz aufzukommen. Es handelt sich vor allem um Familien, in denen ein Mitglied mindestens 40 Stunden pro Woche arbeitet, das Einkommen aber dennoch unter der so genannten

Armutsgrenze liegt. Diese Grenze wird nach folgenden Kriterien festgelegt: Grundlagedatensatz ein Existenzminimum, das von der Haushaltgrösse abhängt und nach einer von der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) festgelegten Skala bestimmt wird. Es handelt sich dabei um das Einkommen, das nach Bezahlung der Krankenkassenprämien, Steuern und Mieten zur Verfügung steht. Die Armutsgrenze ist unterschiedlich, je nach dem ob man in der Stadt oder auf dem Land wohnt.

Seeländer Parlamentarier: RATING DES HANDELS- UND INDUSTRIEVEREINS

## Nur Glamour auf Glanzpapier?

*Zu einseitig, zu oberflächlich und allenfalls als Tendenz brauchbar sei das Rating des Handels- und Industrievereins (HIV), finden die Seeländer Grossräte – und zwar auch die gut platzierten.*

Rickenbacher in vielen Fragen der FDP nahe steht, ist er auf der Rangliste nicht neben Hans Stöckli zu finden, sondern mitten im linken Lager – auf einer Linie mit den Bielerinnen Trudi Lörtscher und Monika Barth.

Ebenfalls «völlig unwichtig», aber dafür «amüsant» findet der A5-Lobbyist, Unternehmer und Nidauer PRD-Grossrat Willy Pauli das Ranking. Und er hat den Eindruck, dass es dem HIV vorrangig um die Förderung der Wirtschaft im Raum Bern gehe. Die schlechte Platzierung des bernjurassischen Tornos-Kämpfers mag dafür ein Indiz sein. Wer ihn kenne, so Pauli, wisse auch ohne Ranking, wo er stehe. «Dass ich von der regionalen Wirtschaft in grossem Ausmass unterstützt werde, ist für mich Zeichen genug, dass ich in meiner Arbeit für die regionale Wirtschaft kämpfe.»

Eine Einstellung, die dem Gewerkschaftssekretär Corrado Pardini eigentlich wohl gefallen müsste. «Die FDP soll ihre Wirtschaftsfreundlichkeit mit Taten unter Beweis stellen, und nicht mit vorgespurten Rankings», erhebt sich der Lysser SP-Grossrat. Dass der Gewerkschaftsboss ausgerechnet zusammen mit dem Bieler Stadtpräsidenten Hans Stöckli im vordersten SP-Drittel auftaucht, sei aber nichts als logisch, sagt Pardini. Im Kampf um das Erhalten eines Wirtschaftsstandortes sei er mit seinen Argumentationen gar nicht so weit

vom Bieler Stadtpräsidenten entfernt.

So falsch sieht sich Pardini also nicht eingeordnet. Was ihn aber stört, ist das Hauptkriterium. «Wirtschaftsfreundlichkeit bedeutet für den HIV einfach Treue zur FDP-Linie. Hätte man danach gefragt, wäre ich damit absolut einverstanden.» Dass die FPD ihre Linie mit Wirtschaftsfreundlichkeit gleichsetze, will

aber nicht nur Pardini nicht in den Kopf. «Einfach die Steuern zu senken, ist noch nicht unbedingt wirtschaftsfreundlich», ärgert sich die GPK-Präsidentin Margrit Widmer Keller aus Büren. Sie trägt für die SP die rote Laterne. Sie fehlte wenig, hat konsequent auf der Linie der SP gestimmt und sich damit die höchste Punktzahl im Minus geholt: «Fast eine Ehre» sei das für

sie, denn sie setze andere Prioritäten und stehe dazu, im Sinne des HIV «wirtschaftsfeindlich zu sein».

Durchaus wirtschaftsfreundlich sieht sich der Brügger Architekt Christian Stauffer (FDP) und ist einverstanden mit seinem dritten Platz auf der Seeländer Liste. Doch auch er schränkt ein: «Es gibt ja auch noch die Bildung und Soziales.»

Lyss

## Geplantes Fitnesscenter passt nicht allen

svb. An der Werkstrasse in der Lysser Industriezone Süd soll ein neues Gewerbegebäude mit Fitnesscenter entstehen. Bis Ablauf der Frist hat ein Anwohner gegen das Vorhaben ausgesprochen. Er befürchtet, dass die Nutzung der neuen Liegenschaft die Bewohner der angrenzenden Häuser vor allem wegen zusätzlichem Verkehrs- und Nachtlärm stören könnte. Stein des Anstosses ist vor allem die Tatsache, dass das Fitnesscenter gemäss Baueingabe des privaten Gesuchstellers bis abends um 22 Uhr geöffnet sein soll. «Hier bestünde allenfalls noch Verhandlungsspielraum», sagte Ruedi Frey, Leiter der Lysser Bauabteilung, gestern auf Anfrage. Zonenkonform sei das Projekt indes zweifellos. «In der Arbeitszone A sind Freizeitaktivitäten durchaus erlaubt. Auch entspräche ein Fitnessstudio sicherlich den Bedürfnissen in einem Industriequartier.»

Zur Erinnerung: Vor gut zwei Monaten hat der Aarberger Regierungsrat ebenfalls an der Werkstrasse in Lyss ein Projekt des gleichen Gesuchstellers nach langem Hin und Her abgewiesen (das BT berichtete). Es ging dabei um den Betrieb eines Tanz- und Billardlokals sowie einer öffentlichen Gastwirtschaft mit genereller Überzeit. Eine derartige Nutzung sei in der entsprechenden Zone nicht konform, war damals die Begründung für den Bauabschlag.



Drei FDP-Politiker auf dem Seeländer Podest: 1. Peter Moser (Biel), 2. Erwin Fischer (Lengnau), 3. Christian Stauffer (Nidau). Bilder: BT-Archiv, Montage: Rolf Schluemp

■ SIBYLLE DICKMANN

«Es ist wichtig, dass die Wähler wissen, was wir machen», findet der Bieler FDP-Stadt- und Grossrat Peter Moser. Doch der zehnteiligen Bewertung auf Glanzpapier (siehe BT von gestern) misst er wenig Bedeutung bei. Dies, obwohl ihn das HIV-Ranking an die Spitze der Seeländer Wirtschaftsfreunde stellt. «Dass die Abwesenheit der Parlamentarier nicht ausgewiesen wird, führt zu Verfälschungen», erklärt Moser.

Erwin Fischer, der Business-Coach aus Lengnau, wäre enttäuscht gewesen, wenn er seinen Namen nicht im vorderen Drittel gelesen hätte. «Wer mich gewählt hat, weiss jetzt, dass ich mich in seinem Sinne einsetze.» Mehr als eine Tendenz zeigt das Rating für den zweitplatzierten regionalen Freisinnigen aber nicht.

Dass die eigenen Leute an der Spitze stehen, ist wenig überraschend – und darum «wertlos». So der Kommentar des SP-Fraktionssprechers Andreas Rickenbacher (Jens). Obwohl Andreas